



Presseschau vom 20.06.2019

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

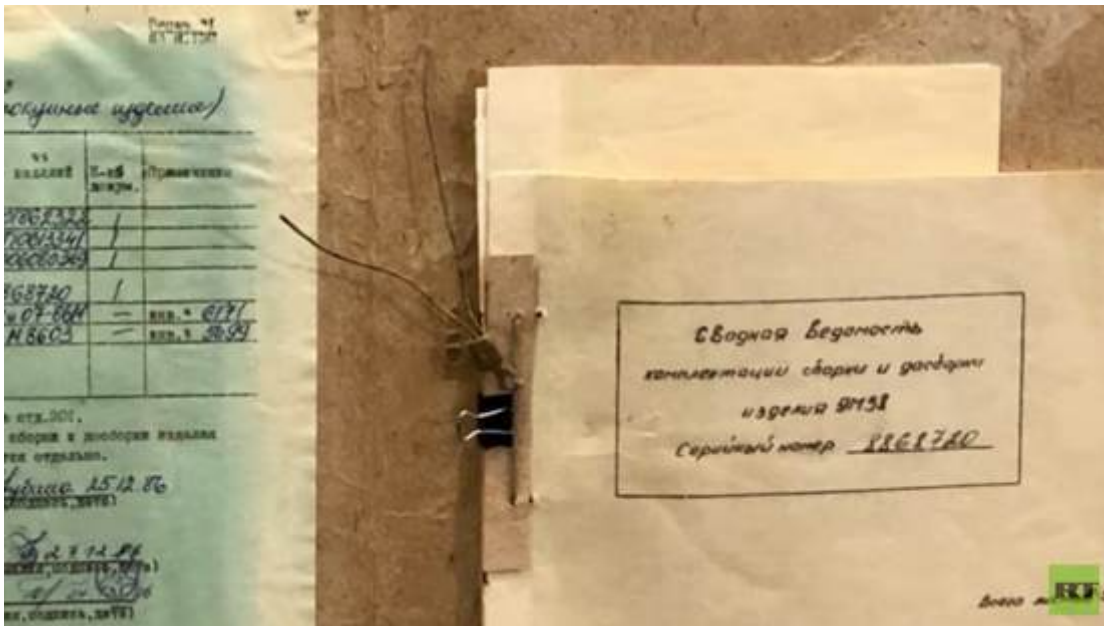
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

deutsch.rt.com: Russland widerlegt Schuldzuweisungen im MH17-Fall

Knapp fünf Jahre nach dem Abschuss der MH17-Maschine über der Ukraine haben die Ermittler die ersten Haftbefehle gegen vier mutmaßliche Täter ausgestellt. Drei sind den Angaben zufolge russische Staatsbürger, einer ist Ukrainer.

Russland wurde mehrmals beschuldigt, mit den internationalen Ermittlern nicht zusammengearbeitet zu haben. Doch stimmt das überhaupt? Statt die Kritik zu überdröhnen, hatte Russland Originaldokumente, Datenmaterial und Ergebnisse von Experimenten vorgelegt, die die Ermittlungen unvollständig erscheinen lassen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2019.06/article/5d0a5bcd4c96bbfd178b4569.PNG>

<https://www.youtube.com/embed/Qt9N8tp39S8>
frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/Qt9N8tp39S8>

dan-news.info: Erklärung des Vorsitzenden des Volkssowjets der DVR Wladimir Bidjowka über die Bedingungen Kiews zur Aufhebung der Blockade des Donbass

Die Bedingungen für eine Aufhebung der Wirtschaftsblockade des Donbass, die Leonid Kutschma gestern bei den Verhandlungen in Minsk genannt hat, enthalten nichts Konstruktives, im Gegenteil, sie ähneln mehr gewöhnlichen populistischen Aussagen, wie sie von Vertretern der ukrainischen Politik zu hören sind.

Ich möchte daran erinnern, dass gerade die Ukraine Initiator der Wirtschaftsblockade war. Das Land der siegreichen Oligarchie hat ein Maximum an Anstrengungen eingebracht, um die Interessen der Geschäftsleute zu schützen, die jahrelang das Volk des Donbass ausgeraubt haben. Sie haben praktisch alle Aktiva abgezogen, die Unternehmen maximal ausgeraubt, die Arbeitskollektive der Willkür des Schicksals überlassen – die ukrainische Seite setzte darauf, für die Einwohner der Republiken möglichst ungünstige Bedingungen zu schaffen. Dass die Unternehmen 2017 unter äußere Leitung der DVR gestellt wurden, die Organisation von Verbindungen mit der Russischen Föderation waren erzwungene Maßnahmen, die es im Endeffekt ermöglichten einen ökonomischen Kollaps zu verhindern. Die Ukraine konnte ihre Ziele – unsere Bürger zu zwingen, von der Republik, von ihrer Wahl Abstand zu nehmen - vermittelt der Blockade nicht erreichen.

Die Auffassung, die vom ehemaligen Präsidenten der Ukraine geäußert wurde, ist nicht mehr als Worte, denn hinter Jedem, der in der einen oder anderen Weise mit der Politik in diesem Land verbunden ist, stehen unverändert die Interessen der Oligarchen. Ich denke nicht, dass eine Aufhebung der Blockade tatsächlich auf der Tagesordnung steht.

de.sputniknews.com: Volker pocht auf Gegenseitigkeit: Ukraine soll Waffen in USA kaufen

Kiew muss laut dem Ukraine-Beauftragten des US-Außenministeriums, Kurt Volker, Waffen bei Washington kaufen.

Wie Volker im Auswärtigen Ausschuss des US-Senats sagte, haben die USA der Ukraine in den letzten fünf Jahren militärische Hilfe in Gesamthöhe von 1,5 Milliarden Dollar erwiesen.

Die Ukraine müsse nun „Gegenliebe“ bezeugen und beispielsweise Militärtechnik bei den USA kaufen, betonte Volker.

Kiew beabsichtige schon, Waffen bei Washington zu erwerben, habe jedoch keine konkreten Bezeichnungen genannt, so Volker. Dabei sagte er nicht, wo die Ukraine das Geld hernehmen soll, um Waffenlieferungen aus den USA zu bezahlen.

Laut Volker wäre es für die US-Seite von Vorteil, wenn Kiew Abwehrsysteme gegen Scharfschützen, Panzerabwehrraketen „Javelin“ sowie Raketenabwehr- und Küstenschutzsysteme kaufen würde.

Volker will nach eigenen Worten in den nächsten Wochen die Ukraine besuchen.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/32083/01/320830190.jpg>

Lug-info.com: **Erklärung des Vorsitzenden des Volkssowjets der LVR Denis Miroshnitschenko**

Die Erklärung Leonid Kutschmas über die Bedingungen zu Aufhebung der Blockade des Donbass ist der Gipfel der Unverschämtheit und Heuchelei.

Es ist völlig unverständlich, wie ein Vertreter eines Systems, das versucht hat, die Republiken mit Sanktionen, Beschuss und Blockade zu ‚unterstützen‘, ruhig und öffentlich derartiges erklären kann.

Nach den Worten Kutschmas ist die Überzeugung, dass die ukrainische Regierung nicht in der Lage ist, aus der Absurdität zu entkommen, nur stärker geworden. Alles von Kutschma Gesagte ähnelt mehr einem Trash Talk vor einem Wettkampf, der für den Sportler von vornherein verloren ist.

de.sputniknews.com: **Merkel lehnt separaten Kurdenstaat ab**

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich gegen einen separaten Kurdenstaat auf dem Gebiet des Irak ausgesprochen. Ein eigener Staat für die Kurden wäre ihr zufolge nicht dem Frieden dienlich.

„Ich bin für die territoriale Einheit des Irak“, sagte Merkel am Mittwoch bei einem Besuch im niedersächsischen Goslar. „Ich glaube nicht, dass es dem Frieden in der Region diene, wenn es einen eigenen Kurdenstaat gäbe“, fügte die Regierungschefin hinzu. Sie plädierte für eine möglichst große Autonomie der Kurden. „Die Kurden müssen faire Bedingungen bekommen im Irak.“

Im vergangenen September hatten sich nordirakische Kurden in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit vom Rest des Landes ausgesprochen. Die irakische Regierung in Bagdad lehnt einen Kurdenstaat auf ihrem Territorium ebenso ab wie die Türkei. Die kurdische PKK, die von Ankara als Terrororganisation angesehen wird, hat Rückzugsgebiete im Irak.

Merkel äußerte sich während einer Diskussion mit Schülern im Rahmen eines Goslar-

Besuchs, den der frühere Außenminister und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in seiner Heimatstadt arrangiert hatte.

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Logwinowo und Losowoje**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern und Granatwerfern.

de.sputniknews.com/rusvesna.su: **Irans Revolutionsgarden melden Abschuss einer US-Drohne**

Die iranischen Revolutionsgarden haben nach eigenen Angaben eine US-Drohne abgeschossen. Es soll sich um eine amerikanische „Global Hawk“ handeln.

Eine amerikanische „Global Hawk“-Drohne soll am Donnerstag in den iranischen Luftraum in Kuh-Mobarak in der Provinz Hormozgan eingedrungen sein.

Die Revolutionsgarden hätten sie daraufhin abgeschossen, teilten die Revolutionsgarden in einer Presseerklärung laut Nachrichtenagentur Fars mit.

Die Amerikaner ihrerseits dementieren den möglichen Abschuss. Es habe zu dem Zeitpunkt gar keine US-Drohnen über dem iranischen Territorium gegeben, so das CENTCOM.

Später sagte Pentagon-Offizier anonym dem Fernsehen gegenüber, dass sich die Aufklärungsdrohne, die angeblich durch iranische Boden-Luft-Raketen abgeschossen worden sei, im internationalen Luftraum über die Straße von Hormuz bewegt habe.

Die Provinz Hormozgan in Südiran liegt direkt am Persischen Golf und ist für Beobachter auch der eventuelle Schauplatz einer militärischen Konfrontation zwischen den beiden Erzfeinden.

Nach dem einseitigen Ausstieg der USA letztes Jahr aus dem Wiener Atomabkommen von 2015 und Verhängung neuer Sanktionen gegen den Iran sind auch die Spannungen zwischen den beiden Ländern gewachsen. Im Mai hatte auch der Iran mit einem Teilausstieg aus dem Atomdeal begonnen und gedroht, die Straße von Hormus zu blockieren.

Zudem beschuldigen die USA Teheran dafür, für den Angriff auf zwei Öltanker letzte Woche am Golf von Oman verantwortlich zu sein. Teheran weist die Vorwürfe zurück. Auch die EU unterstützt bislang die US-amerikanische Darstellung nicht.

Noch am Mittwoch hatte der iranische Sicherheitsrat (SNSC) erklärt, seiner Einschätzung nach werde es jedoch keinen Krieg zwischen dem Iran und den USA geben.

„Es besteht überhaupt kein Grund für einen Krieg, denn amerikanische Unterstellungen gegen andere Länder sind eine weltweit bekannte Taktik der USA, um politischen Druck auszuüben“, sagte SNSC-Sekretär Ali Schamchani der staatlichen Nachrichtenagentur Irna.

Was die Amerikaner derzeit betrieben, sei ein „Wirtschaftskrieg“ gegen das iranische Volk, sagte Schamchani weiter. Die USA hofften, damit den Iran zu einer Kapitulation zu zwingen. Dies werde aber nicht passieren, fügte Schamchani hinzu.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32037/91/320379130.jpg>



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/sbityy_bpla_ssha_global_hawk.jpg

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 18. Juni 3:00 Uhr bis 19. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 17. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Wasiljewka, Donezk (Flughafen, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Losowoje, Dokutschajewsk, Leninskoje, Dsershinskoje, Belaja Kamenka.**

Gestern Morgen haben die BFU den Petrowskij-Bezirk von Donezk mit Artillerie beschossen, dabei wurden Objekte der zivilen Infrastruktur, das klinische Kinderkrankenhaus und ein Schwimmbad sowie Wohnhäuser beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 239.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 196.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Neues US-Kontingent im Nahen Osten bekommt Patriot-Abwehrraketen**

Das neue 1000 Mann starke US-Kontingent im Nahen Osten wird ein Bataillon für den Betrieb eines Patriot-Raketenabwehrsystems, Drohnen und ein bemanntes Aufklärungsflugzeug umfassen, meldet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf das US-Verteidigungsministerium.

Am Montag kündigte das Pentagon an, zusätzliche Kräfte – 1000 weitere Soldaten – in den Nahen Osten entsenden zu wollen. Dies sollte als eine Antwort auf eine angebliche Bedrohung vonseiten des Irans gelten, den Washington für Angriffe auf Öltanker im Golf von Oman verantwortlich macht.

Die Soldaten würden zu „Verteidigungszwecken“ in die Region geschickt, teilte der amtierende US-Verteidigungsminister, Patrick Shanahan, mit und betonte zugleich: „Die Vereinigten Staaten streben keinen Konflikt mit dem Iran an“. Washingtons Handlungen seien im Interesse der nationalen Sicherheit der USA und deren Verbündeten.

Zuvor hatte das russische Außenministerium Washingtons Pläne, das US-Kontingent im Nahen Osten aufzustocken, als provokativ bezeichnet. Sie würden darauf abzielen, einen Krieg zu provozieren. ...

Dnr-online.ru: **Einwohner des Donezker Oblast, die auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium leben, haben nach wie vor kein Wasser.** Dies teilte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez mit.

„Die Situation mit der Wasserversorgung auf dem Territorium des Donezker Oblast, das zeitweilig von der Ukraine kontrolliert wird, bleibt weiter kritisch. Nach Mitteilungen ukrainischer Massenmedien verwenden zehntausende von Einwohner für ihren Bedarf Brauchwasser, dass nach einem Zeitplan angeliefert wird, für die Zubereitung von Essen sind sie gezwungen, Wasser in den Geschäften zu kaufen. In ländlichen Bezirken hat dies bereits zu einem Verlust bei der zukünftigen Ernte geführt, Kindergärten und Krankenhäuser können nicht vollwertig arbeiten“, berichtete der Minister.

Die soziale Spannung wächst, die Einwohner nehmen an Kundgebungen teil, blockieren Straßen und haben sogar eine Internetpetition mit einem Aufruf an den Präsidenten der Ukraine unterzeichnet, in der gefordert wird, die Wasserversorgung der Ortschaften wieder aufzunehmen.

„Das Ignorieren des Problems der fehlenden Wasserversorgung kann zu einer deutlichen Verschlechterung der sanitär-epidemiologischen Situation führen und in der Folge zu einer humanitären Katastrophe und auch eine Zuspitzung der ohnehin angespannten politischen Instabilität auf dem Territorium des Donezker Oblast, das zeitweilig von der Ukraine kontrolliert wird, hervorrufen“, unterstrich Sergej Naumez.

Auf dem Territorium der DVR funktioniert die Wasserversorgung normal. „Alle Einwohner sind mit Wasser versorgt mit Ausnahme eines Teils der Verbraucher von Schachtjorsk, wo ein Abschnitt der Wasserleitung ausgetauscht wird. Die Reparaturarbeiten werden innerhalb eines Tages abgeschlossen sein“, fügte der Minister hinzu.

Wir erinnern daran, dass Ende Mai entsprechend einer Forderung des (ukrainischen) staatlichen Elektrizitätsunternehmens „Urkinterenergo“ vom Operator des Verteilungssystems „DTEK PES-Energrougol“ AG die Stromversorgung der Belokusminowskaja-Pumpstation und der Artjomowsker Filterstation eingestellt wurde, in der Folge wurde die Wasserversorgung für zehntausende von Einwohnern aus 22 Ortschaften eingestellt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Moskau warnt vor neuem Konflikt im Persischen Golf**

Moskau befürchtet laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow, dass der Persische Golf in einen neuen Konflikt verwickelt werden könnte. Daher sollten ihm zufolge Anstrengungen zur Stabilisierung der Situation unternommen werden.

„Es bleibt zwar noch Zeit, um Halt zu machen, nachzudenken und zu verhindern, in eine weitere unkontrollierte Konfrontation zu gleiten. Dies muss sorgfältig angegangen werden. Leider stoßen anscheinend diese Appelle von uns und die Logik in den Vereinigten Staaten auf kein Verständnis, sie hören uns nicht zu. Aber ich denke, die überwiegende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft teilt diesen Ansatz und geht davon aus, dass es keine Alternative gibt“, so Rjabkow gegenüber Journalisten.

Andernfalls könnte die Region ihm zufolge in einen neuen Konflikt involviert werden, der angesichts der Schwere der Folgen einer solchen Entwicklung völlig inakzeptabel ist.

Am Montag kündigte das Pentagon an, zusätzliche Kräfte – 1000 weitere Soldaten – in den Nahen Osten entsenden zu wollen. Dies sollte als eine Antwort auf eine angebliche Bedrohung vonseiten des Irans gelten, den Washington für Angriffe auf Öltanker im Golf von Oman verantwortlich macht. ...

de.sputniknews.com: **Nach Mursis Tod: Erdogan erwartet von Uno Ermittlungen zum „Verdachtsfall“**

Der türkische Präsident Tayyip Erdogan hat die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die Uno die Umstände des plötzlichen Todes des ägyptischen Ex-Präsidenten Mohammed Mursi prüfen wird, wie das mit dem saudischen Journalisten Dschamal Chaschukdschi der Fall gewesen sei.

„Ich hoffe, dass die Uno, die die Haltung unseres Landes hinsichtlich des Mordes an Chaschukdschi als richtig betrachtet, den verdächtigen Tod von Mursi prüfen wird“, sagte Erdogan.

Zuvor hatte der türkische Staatschef mehrere Erklärungen dazu abgegeben und unter anderem versprochen, dass Ankara bei der Uno und beim G20-Gipfel in Japan die Todesumstände des ehemaligen ägyptischen Staatsoberhauptes ins Gespräch bringen und alles nur Mögliche tun werde, damit Ägypten wegen Mursis Tod vor ein internationales Gericht gestellt werde.

Daraufhin nannte der ägyptische Außenminister Samih Hasan Schukri die Aussagen des türkischen Präsidenten „verantwortungslos“ und „unseriös“.

Der frühere ägyptische Präsident Mohammed Mursi (67), der im Jahr 2015 entmachtet und wegen Spionage, Terrorismus und Landesverrat gerichtlich angeklagt worden war, starb am Montag während einer Gerichtsverhandlung wegen Spionageverdachts. Als Todesursache wurde zunächst ein Herzversagen angegeben.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32527/33/325273325.jpg>

de.sputniknews.com: **Iran: Abschuss einer US-Drohne „klare Botschaft“ an Washington**

Der Abschuss einer US-amerikanischen Drohne am Persischen Golf ist laut General Hussein Salami, dem Kommandeur der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC), eine „klare Botschaft“ an Washington. Dies meldet die Nachrichtenagentur Fars am Donnerstag.

Es sei eine klare und konsequente Botschaft an diejenigen, die die Grenzen des Irans verletzen wollen, sagte IRGC-Chef Hussein Salami. Der Iran wolle mit niemandem Krieg, sei aber auf jeden militärischen Konflikt vorbereitet.

„Grenzen sind unsere roten Linien, und jeder Feind, der sie verletzt, wird vernichtet und nicht nach Hause zurückkehren. Der einzige Weg für die Feinde besteht darin, die territoriale Integrität und die nationalen Interessen des Irans zu respektieren“, so der General weiter. ...

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 20.06.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 17-mal das Regime der Feuertätigkeit verletzt. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von elf Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 30. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Garas das Gebiet von **Dolomitnoje** mit Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 93., 57. und 35. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Minschantschuk und Palas **Wasiljewka, Losowoje, Shabitschewo, Spartak, das Butowka-Bergwerk, Dokutschajewsk, Belaja Kamenka** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Gnatow die Gebiete von **Leninskoje** und **Derschinskoje** mit Mörsern und Granatwerfern beschossen.

Insgesamt hat der Gegner zehn 122mm-Artilleriegranaten und 51 Mörsergeschosse, davon 33 des Kalibers 120mm, mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte starb einer unserer Verteidiger und zwei wurden verletzt. Wir bringen den Verwandten des Toten unser Mitgefühl zum Ausdruck.

Alle Fälle von Beschuss auf Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen

Kriegsverbrecher übergeben.

Ich will anmerken, dass der Kriegsverbrecher Guds, der am gestrigen Morgen den Artillerieterror gegen die Einwohner des Petrowskij-Bezirks von Donezk organisiert hat, die Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk nicht zum Scheitern bringen konnte, wofür er zur Durchführung von Ermittlungen in den Stab der OOS einbestellt wurde. Seine Komplizen aus der 24. Brigade versteckten sich und während des restlichen Tages, und in der der Nacht wurde kein einziger Schuss in Richtung Republik abgegeben.

Heute hat der Stab der OOS eine Kommission in diese Bande geschickt, um die Umstände genau zu klären und die an dem Beschuss von Donezk, insbesondere des klinischen Kinderkrankenhauses Nr. 4, der große Resonanz in der Weltöffentlichkeit hervorgerufen hat, Beteiligten zu ermitteln.

Gleichzeitig werden im Süden der Konfliktzone die miesen Marineinfanteristen aus der 35. Brigade echten Banditen immer ähnlicher, indem sie nicht nur täglichen Beschuss der Territorien der Republik durchführen, sondern auch ständig unter Alkohol- und Drogeneinfluss stehen, wobei diese Massenerscheinung den Stab der operativ-taktischen Gruppierungen „Ost“ gezwungen hat, eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes unter Leitung des Militärkommandanten von Wolnowacha Oberstleutnant Melnikow an den Stationierungsort des 137. Bataillons der Brigade zu schicken.

Dabei werden alle Versuche der OSZE-Mission, eine Luftbeobachtung des Verantwortungsbereiches der Brigade durchzuführen, von einer mobilen Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung fest unterbunden. Den letzten Fall der Aktivität dieser Gruppe haben wir im Gebiet von Lebedinskoje festgestellt, was auch die OSZE-Mission in ihrem Bericht über die Blockierung einer Kurzstreckendrohne bestätigt.

de.sputniknews.com: **Untersuchungen zum MH17-Absturz sind politisch motiviert – Malaysischer Premier**

Untersuchungen zum Absturz der Boeing MH17 der Malaysia-Airlines im Jahr 2014 sind laut dem malaysischen Premierminister Mohamad bin Mahathir politisch motiviert.

„Wir sind sehr verstimmt, weil es von Anfang an eine politische Frage war, wie man Russland eines Vergehens beschuldigen kann. Sie haben bereits gesagt, dass Russland schuldig ist, bevor sie mit den Untersuchungen begonnen haben“, zitierte die Zeitung „Malay Mail“ den Premier.

Nach den Behauptungen der Gemeinsamen Ermittlergruppe, in denen Russen der Verwicklung in die Katastrophe der malaysischen Boeing verdächtigt würden, betonte Mohamad bin Mahathir, dass die malaysische Seite Beweise wolle.

„Aber es gibt immer noch keine Beweise, nur Gerüchte“, unterstrich er weiter. Zuvor hatte Russlands Außenministerium die Behauptungen der Gemeinsamen Ermittlergruppe als fadenscheinig zurückgewiesen.

Das Gerichtsverfahren wegen des Absturzes soll am 9. März 2020 in den Niederlanden beginnen.

de.sputniknews.com: **Nato im Osten: Auf jedem Fleckchen Erde ein Manöver**

Nikolai Protopopow

Die Nato hat nahezu zeitgleich zwei große Manöver in Osteuropa gestartet: 18.000 Mann mit 2500 Technikeinheiten sind allein beim „Dragon-2019“ in Polen eingesetzt – zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Parallel dazu läuft im Baltikum das „Baltops-2019“. Das russische Gebiet Kaliningrad ist von Nato-Kräften fest umzingelt.

Polnische Soldaten üben, was das Zeug hält, ohne Munition zu sparen. Und in ihrem Eifer schießen sie wohl etwas übers Ziel hinaus: Gleich am ersten Tag des „Dragon“-Manövers brach auf einem Übungsgelände ein Großbrand aus. Rund 100 Hektar hatte das Feuer erfasst,

30 Feuerwehrmannschaften waren zur Brandbekämpfung im Einsatz.

Das Übungsgelände ist das größte in Polen, es befindet sich nahe der Stadt Drawsko Pomorskie, keine 100 Kilometer östlich von Stettin. Aber darauf beschränkt sich das Manöver nicht: Es findet in ganz Polen statt. Dabei befehligt eine polnische Panzerbrigade zum Beispiel einen Panzerverband aus Deutschland und mechanisierte Bataillone aus Norwegen und Slowenien.

Das Hauptziel von „Dragon-2019“ ist laut polnischen Generälen die Stärkung der Interoperabilität, also der Fähigkeit nationaler Truppen, innerhalb eines multinationalen Verbands zu operieren. Außer den Polen sind weitere rund 3000 Soldaten am Manöver beteiligt – aus den USA, Großbritannien, Italien, Spanien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Kroatien. Die Übung sei eine reine Verteidigungsmaßnahme, sagen die verantwortlichen Generäle.

Währenddessen im benachbarten Litauen: Beim „Iron Wulf 2019“ sollen litauische Kräfte mit ihren Nato-Verbündeten in ein einheitliches Kampfsystem integriert werden – also auch wieder Interoperabilität. Wie den Soldaten in Polen, stehen auch den Soldaten in Litauen ihre Kollegen aus dem multinationalen Kampfverband der Nato zur Seite.

Angriff vom Wasser

Zeitgleich fährt die Nato in der Ostsee einen Großverband auf, zur gemeinsamen Marineübung der Allianz: „Baltops-2019“. Daran sind Schiffe und Flugzeuge aus 16 Bündnisländern sowie aus Finnland und Schweden beteiligt – insgesamt rund 12.000 Mann, 44 Schiffe und 40 Luftfahrzeuge.

Bezeichnend ist, wer das Manöver führt. Es ist Vize-Admiral Andrew Lewis, Kommandeur der 2. US-Flotte – jener Flotte, die 1950 als Gegengewicht zur Sowjetunion geschaffen worden war. 2011 löste Barack Obama den Verband auf, 2018 aber ist die Flotte wieder aufgestellt worden.

Das Pentagon macht keinen Hehl daraus, dass der Verband auf die Einhegung Russlands in der Ostsee und im Atlantik gerichtet ist. „Baltops-2019“ ist der erste Einsatz der 2. Flotte im Atlantik. Vize-Admiral Lewis befehligt das Manöver vom Kommandoschiff „USS Mount Whitney“ aus.

Zwischenzeitlich sind die Seeleute der Nato in der südlichen Ostsee aktiv. Sie trainieren U-Boot-Jagd, Minensuche und Flugabwehr. Ein wichtiger Auftrag: die Erstürmung der Küste. Die Marineinfanteristen der Nato landen dabei direkt vor Russlands Grenzen. Was nicht ohne Zwischenfall blieb: Der Rumpf eines polnischen Landeschiffs wurde aufgerissen, als es bei der Anlandung auf ein Hindernis stieß.

Die russische Ostseeflotte beobachtet das Manöver höchst aufmerksam: Die russischen Seestreitkräfte überwachen das Funk- und Signalumfeld im Übungsgebiet, um „Gefahren für die Navigationssicherheit ziviler Schiffe“ zu identifizieren, die mit dem Einsatz elektronischer Kampfmittel durch die Nato verbunden sein können, erklärte das russische Verteidigungsministerium.

Und nicht nur das: Immer wieder müssen russische Abfangjäger Nato-Flugzeuge von Russlands Grenzen fernhalten. Am vergangenen Montag mussten Su-27-Piloten B-52-Bomber abfangen, die sich von der Ostsee und vom Schwarzen Meer her dem russischen Luftraum näherten.

Laut amerikanischen Medien handelte es sich dabei um strategische Bombenflugzeuge des 5. Bombergeschwaders aus Norddakota. Eins dieser Großflugzeuge war bereits an einer Nato-Übung in der Ostsee beteiligt, zwei andere trainierten schon einmal in Rumänien.

Eine Woche vorher hatten russische Su-27-Jäger zwei Aufklärungsjets über der Ostsee abgefangen: einen amerikanischen RC-135 und einen schwedischen „Gulfstream“.

Indes nutzen die Jagdbomberstaffeln der russischen Marineflieger die „Baltops“-Übung dazu, die Bekämpfung von Seezielen zu trainieren. Rund ein Dutzend Su-24-Bomber haben dieser Tage einen Gegenangriff auf gegnerische Schiffe simuliert. Abfangjäger Su-27 begleiteten die

Jagdbomber. Beschossen wurden ausschließlich Zielattrappen.

Ein viel zu heißer Sommer

Mindestens 20 Manöver will die Nato diesen Sommer in Europa abhalten. Die meisten davon finden im Juni statt:

- auf dem Balkan übt die operative Nato-Reserve: „Naples Reserve 2019“;
- in Polen übt die Very High Readiness Force der Nato: „Noble Jump-2019“;
- in Spanien üben die EloKa-Truppen der Nato: „Ramstein Guard 6“;
- im Kosovo sollen die KFOR-Kommandeure in neue Aufträge und in die neue Lage eingeführt werden;
- in Norwegen übt die Schnelle Eingreiftruppe der Nato: „Trident Jackal-2019“;
- in Litauen üben die regionalen Luftstreitkräfte die Zusammenarbeit: „Ramstein Alloy“;
- in Rumänien prüft die Nato-Flugabwehr ihre Taktiken und Verfahren: „Istria-19“;
- in Ungarn und Bulgarien sollen Spezialkräfte gemeinsam mit regulären Kräften trainieren – und es findet die Logistikübung „Saber Guardian-2019“ mit US-Beteiligung statt.

Währenddessen verstärken die USA ihr Truppenkontingent in Polen. Letzte Woche erklärte Donald Trump, in Polen würde ein weiterer US-Stützpunkt aufgebaut. Dann werden insgesamt 4500 amerikanische Soldaten auf polnischem Boden stationiert sein. Hinzu kommt, dass die USA ein Kampfdrohngeschwader nach Polen verlegen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32527/37/325273791.jpg>

de.sputniknews.com: **Putin warnt vor Katastrophe in der Golfregion – mit Folgen für USA**

Eine militärische Auseinandersetzung zwischen den USA und dem Iran würde laut Russlands Präsident Wladimir Putin nicht nur die gesamte Golf-Region in eine Katastrophe stürzen, sondern wäre auch für die Vereinigten Staaten selbst folgenschwer. Denn die schiitische Führungsnation könnte bei der Selbstverteidigung weit gehen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag in seiner alljährlichen TV-Sendung „Direkter Draht“ vor einem militärischen Konflikt zwischen den USA und dem Iran gewarnt. Auf die Frage, ob es einen Krieg zwischen den USA und dem Iran geben würde, sagte der Kremlchef, ihm sei das nicht bekannt, er selbst wünsche sich solch eine Entwicklung aber nicht.

„Aber die USA sagen, dass sie die Anwendung militärischer Gewalt nicht ausschließen. Das wäre eine Katastrophe, zumindest für diese ganze Region.“

Laut Putin würde ein Waffengang gegen den Iran nicht nur die Gewalt eskalieren lassen und zu noch mehr Flüchtlingen führen, sondern auch möglicherweise für die Vereinigten Staaten selbst schwere Folgen nach sich ziehen.

„Denn der Iran ist eine schiitische Nation. Und selbst in der islamischen Welt gelten die

Schiiten als Menschen, die in punkto Selbstverteidigung, in punkto Verteidigung ihres Landes zum Extremen fähig sind."

Die Beziehungen zwischen dem Iran und den USA sind seit dem einseitigen Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Atomabkommen im vergangenen Jahr angespannt. Mit der Truppenentsendung in die Region im Mai schürte Amerika die Angst vor einer militärischen Auseinandersetzung.

Die jüngsten Angriffe auf Tankschiffe im Golf von Oman, für die US-Präsident Donald Trump den Mullah-Staat verantwortlich macht, hat das Verhältnis zwischen beiden Staaten zusätzlich belastet. Der amerikanische Präsident schloss eine militärische Option nicht aus.

mil-lnr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **dreimal das Regime der Feueinstellung mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen verletzt**.

In **Richtung Popasnaja** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Majstrenko **Kalinowo** mit automatischen Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Debalzewo** wurden auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade des Verbrechers **Garas Logwinowo** und **Losowoje** mit 120mm-Mörsern und Granatwerfern beschossen.

Die Fälle von Beschuss der Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden an Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden übergeben, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kommandeure der 54. und der 30. Brigade der ukrainischen Streitkräfte.

Der Kommandeur der 54. Brigade Majstrenko, der die Existenz von verbotenen Waffen in den Gebieten von Nowoswanowka und Solotoje-4 verheimlichen will, behindert aktiv die Arbeit der Mitarbeiter der OSZE-Mission. In den genannten Gebieten werden die Signale der Drohnen der OSZE mit Hilfe von Mitteln der elektronischen Kriegsführung von einer Gruppe aus dem 20. Bataillon für elektronische Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte unterdrückt.

Die ukrainischen Truppen verstärken weiter die Positionen und konzentrieren Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie.

Unsere Aufklärung hat die Ankunft von zwei gepanzerten Aufklärungs- und Patrouillenfahrzeugen in Swetlodarsk bemerkt.

Die eingetroffenen Waffen und Militärtechnik wurden auf Befehl der Kommandeure der Einheiten der 30. mechanisierten Brigade in der Nähe von Wohnhäusern stationiert, was Leben und Gesundheit friedlicher Einwohner gefährdet.

Wir rufen die Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien des Donbass auf, keine Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten ziviler Infrastruktur zuzulassen und sich mit allen Fällen von Verletzung ihrer Rechte und Freiheiten unverzüglich an Vertreter der OSZE-Mission zu wenden.

Das Niveau des moralisch-psychischen Zustands der ukrainischen Soldaten in der „OOS“-Zone bleibt auf äußerst niedrigem Niveau. Im Zusammenhang damit nehmen die nicht kampfbedingten Verluste weiter zu.

Am 19. Juni erlitt im Gebiet von Popasnaja ein Soldat aus einer Einheit der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf einem Kompaniestützpunkt in der Folge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe eine Verletzung mit einer Maschinenpistole am Brustkorb.

Der Brigadekommandeur Majstrenko hat dem Stab der OOS diesen Fall als Verletzung in der Folge eines Beschusses von Seiten der Volksmiliz dargestellt.

de.sputniknews.com: **Erdogan präzisiert Liefertermine für russische S-400**

Die Lieferungen der russischen Raketenabwehrsysteme S-400 an die Türkei werden laut dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in der ersten Julihälfte erwartet. Dies sagte er bei einem Interview mit Vertretern ausländischer Medien.

Nach seinen Worten ist der Vertrag zum Kauf der Raketenabwehrsysteme sowohl für Moskau als auch für Ankara eine abgeschlossene Sache. „Unsere Fachleute haben die nötige Schulung absolviert. Wir erwarten, dass in der ersten Hälfte des nächsten Monats die Lieferungen beginnen“, zitieren Medien den türkischen Präsidenten.

Die Beziehungen zwischen Ankara und Moskau sind von ausschließlich „langfristigem Charakter“, unterstrich er. Zuvor war bekanntgeworden, dass die Administration von US-Präsident Donald Trump wegen der Anschaffung russischer S-400 drei Sanktionspakete gegen Ankara erwäge.

Am 16. Juni hatte der türkische Präsident erklärt, dass Ankara nicht auf den Deal mit Russland verzichten werde, trotz des Drucks vonseiten der USA.

Washington hatte die Türkei mehrmals dazu aufgerufen, auf den Deal mit Russland zu verzichten, da die S-400 angeblich eine Gefahr für US-Kampffjets F-35 darstellen würden. Am 29. Mai hatte das US-Außenministerium die Vorbereitung der Sanktionen gegen die Türkei und ihren möglichen Ausschluss aus dem Entwicklungsprogramm von F-35 angekündigt – in dem Fall, wenn der Vertrag zu S-400 doch abgeschlossen wird. Im russischen Außenministerium wurden diese Schritte vonseiten Washingtons als Erpressung bezeichnet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32519/67/325196764.jpg>

de.sputniknews.com: **Putin: „Wofür ich mich bis heute wirklich schäme, ist...“**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat während des „heißen Drahtes“ die Frage beantwortet, ob er sich für etwas schäme. Darauf sagte Putin, er schäme sich dafür, dass er den Zettel einer älteren Frau, die vor ihm auf die Knie fiel, verloren hat.

„Das ist keine Scherzfrage, und es ist gar nicht so einfach, darüber vor einem Millionen-Auditorium zu sprechen. Ja, natürlich – wie, so hoffe ich, jeder normale Mensch“, antwortete Putin.

„Ich habe diese Situation schon einmal öffentlich angesprochen. Ehrlich gesagt ist es sogar jetzt noch schwierig, darüber zu reden, aber nichtsdestotrotz. Das war Anfang der 2000-Jahre, (...) ich reiste viel, das Land befand sich in einer sehr schweren Lage. Wir kamen (...) in eine Region. Es war bereits am Ende des Arbeitstages, am Abend, dunkel. Es war (...) im Herbst, Matschwetter, Schmutz, und ich (...) ging durch diesen Matsch zum Auto. Plötzlich tauchte eine Frau in schon betagtem Alter auf. Sie sagte undeutlich etwas, (...) fiel auf einmal auf die Knie und übergab mir einen Zettel. Ich sagte, dass ich ihn mir unbedingt ansehen werde. Ich

nahm ihn und gab ihn den Assistenten. Er ging verloren. Das werde ich nie vergessen“, erzählte der Präsident.

Putin ergänzte, dass er sich auch noch heute schäme, deswegen versucht er alles, was er in die Hände bekommt, mit „vollem Programm durchzuarbeiten“.

„Nicht immer kann man Fragen lösen – es gibt einige unlösbare. Ich bin fast sicher (...), worum es dort (in dem Zettel – Anm. d. Red.) ging – ich habe schon Dutzende solche Zettel gelesen. Mit Sicherheit ging es dort um Hilfe für den Sohn, der im Gefängnis sitzt, oder etwas in der Art. Aber nicht darum geht es, sondern dass er (der Zettel – Anm. d. Red.) verlorenging“, betonte der Staatschef.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32527/52/325275264.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: EU verlängert „Krim“-Sanktionen

Auf Entscheidung des EU-Rates werden die so genannten „Krim“-Sanktionen um ein weiteres Jahr verlängert, hieß es am Donnerstag.

„Der Rat hat die einschränkenden Maßnahmen, die als Antwort auf die gesetzwidrige Annexion der Krim und Sewastopols durch Russland verhängt wurden, bis zum 23. Juni 2020 verlängert. Diese Maßnahmen werden gegen EU-Personen und in der EU ansässige Unternehmen angewendet“, so die Mitteilung.

Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland erfolgte nach einem Referendum im März 2014. Bei dem Volksentscheid hatten 96,77 Prozent der Bürger der Republik Krim und 95,6 Prozent der Einwohner von Sewastopol für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt. Das Referendum wurde nach dem Staatsstreich in der Ukraine vom Februar 2014 durchgeführt. Kiew betrachtet die Schwarzmeerinsel Krim als „zeitweilig okkupiertes Territorium“. Die russische Führung hat wiederholt darauf verwiesen, dass die Krim-Bewohner auf demokratischem Wege und im vollen Einklang mit dem Völkerrecht und der UN-Charta für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt haben. Wie der russische Präsident Wladimir Putin dazu sagte, sei die Krim-Frage endgültig entschieden

ukrinform.ua: Putin bestreitet alle Beweise im Fall MH17

Wladimir Putin behauptet, es gebe keine Beweise für Russlands Schuld im Fall der malaysischen Boeing MH17.

Das sagte er einem Journalisten nach der TV-Sendung „Direkter Draht“, die die russischen Medien übertrugen.

„Was wir gesehen haben und was als vorgelegte Beweise für Russlands Schuld präsentiert wurde, ist für uns absolut nicht hinnehmbar. Wir finden, dass es dort keine Beweise gibt“, antwortete Putin auf die Frage eines ausländischen Journalisten, ob es für Russland nicht an

der Zeit wäre, die Verantwortung für die abgeschossene Boeing zu gestehen.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_07/thumb_files/630_360_1500281703-7931.jpg

de.sputniknews.com: **Trump zu US-Drohnenabschuss: „Iran made a very big mistake!“**
US-Präsident Donald Trump hat auf seiner Twitter-Seite auf einen „sehr großen Fehler“ des Iran hingewiesen, nachdem ein US-amerikanisches unbemanntes Fluggerät am frühen Donnerstagmorgen von iranischen Revolutionswächtern abgeschossen worden war. Die iranische Revolutionsgarde (IRGC) gab an, eine US-Spionagedrohne „Global Hawk“ abgeschossen zu haben, die in Kuh-Mobarak in der Provinz Hormozgan (Südiran) in den iranischen Luftraum eingedrungen wäre.

Das US-Militär wies den Bericht aus Teheran zurück, laut dem die Drohne über iranischem Territorium abgeschossen worden sei. Wie Marine-Hauptmann Bill Urban, ein Sprecher des für den Nahen Osten zuständigen Zentralkommandos des US-Militärs, erklärte, habe es am Morgen des 20. Juni kein amerikanisches unbemanntes Fluggerät auf iranischem Territorium gegeben. Allerdings habe sich eine US-Drohne zu dieser Zeit im internationalen Luftraum über der Straße von Hormus befunden, so Urban.

Zuvor hatte US-Außenminister Mike Pompeo die iranischen Behörden warnend darauf hingewiesen, dass der Tod auch nur eines US-Soldaten eine umgehende militärische Antwort vonseiten Washingtons nach sich ziehen werde.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31127/15/311271537.jpg>

de.sputniknews.com: **Putin zu MH17-Ermittlung: „Uns ist das nicht recht“**

Nachdem die MH17-Ermittler die Namen der mutmaßlichen Täter genannt haben, übt der russische Präsident Wladimir Putin Kritik an dem Verfahren. Das internationale Team JIT, das seit fünf Jahren zum Abschuss des malaysischen Passagierflugzeugs über der Ukraine

ermittelt, habe die Schuldigen „ernannt“ und dabei viele Fragen offengelassen.

Die Ermittler haben in dieser Woche drei Russen und einen Ukrainer für die Katastrophe vom 17. Juli 2019 verantwortlich gemacht. Sie sollen demnächst wegen 298-fachen Mordes angeklagt werden.

Wladimir Putin kritisierte am Donnerstag, dass die Ermittler noch immer keine Beweise präsentiert hätten. Sehr viele Fragen seien noch immer ohne Antwort, sagte der Kremlchef in seiner alljährlichen TV-Sendung „Direkter Draht“.

„Wer hat die Flüge über dem Kampfgebiet erlaubt? War das etwa Russland? Nein. Wo waren die Jagdflugzeuge? Und wo sind die hieb- und stichfesten Beweise, dass es die Milizen waren, die geschossen haben?“, fragte er. Und weiter:

„Die Schuldigen wurden ein für allemal ausgesucht. Sie wurden einfach ernannt. Uns ist solch ein Ermittlungsvorgehen nicht recht.“

Russland habe eine eigene Version vorgestellt, „doch leider will uns niemand zuhören“, sagte Putin weiter. „Solange es keinen Dialog gibt, werden wir auf die noch offenen Fragen keine richtige Antwort finden.“

Auch Malaysias Premierminister Mohamad bin Mahathir nannte das Ermittlungsergebnis „politisch motiviert“. „Wir sind sehr verstimmt, weil es von Anfang an eine politische Frage war, wie man Russland eines Vergehens beschuldigen kann“, sagte er am Donnerstag laut der Zeitung „Malay Mail“. Russland sei noch vor Beginn der Ermittlungen für schuldig erklärt worden, sagte Mahathir. Er kritisierte, dass es in der Sache „immer noch keine Beweise gibt, nur Gerüchte“.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines war am 17. Juli 2014 im damals heftig umkämpften ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen der von Amsterdam nach Kuala Lumpur fliegenden Verkehrsmaschine, darunter 85 Kinder, kamen ums Leben.

In der Region lieferten sich die ukrainische Armee und bewaffnete Regierungsgegner heftige Gefechte. Die Regierung in Kiew und die Milizen warfen sich gegenseitig vor, den Jet abgeschossen zu haben. Weil die meisten Opfer Niederländer waren, übernahmen die Niederlande die Leitung der Untersuchung. Nach Erkenntnissen des internationalen Ermittlungsteams JIT (Niederlande, Australien, Ukraine, Belgien, Malaysia), die seit 2014 zu der Katastrophe ermitteln, wurde die Maschine mit einer Boden-Luft-Rakete der Baureihe Buk abgeschossen.

Russland, das von der Untersuchung ausgeschlossen blieb, beklagt, dass die Ermittler seine Argumente und Daten ignoriert hätten.